

WKÖ-Wirtschaftskammer Österreich

Energiapolitische Strategien bis 2015

Unter dem Motto "günstig - sicher - sauber" hat die Wirtschaftskammer Österreich "Energiapolitische Strategien bis 2015" ausgearbeitet. Diese wurden vom Wirtschaftskammerpräsident Christoph Leitl und dem WKÖ-Energieexperten Stephan Schwarzer vorgestellt.

Wirtschaftlich günstig, sicher in der Versorgung und ökologisch sauber soll die Energieversorgung Österreichs in den kommenden Jahren sein.

Im Vordergrund der Strategie stehen die Verbesserung der Energieeffizienz, die Erhöhung der Versorgungssicherheit durch bessere Nutzung regionaler Ressourcen und ausreichende Leitungskapazitäten, eine Akkordierung von Klimaschutz und Energiepolitik sowie der Ausbau von Österreichs guter Position auf dem weltweiten Energietechnikmarkt.

Schnell steigender Energiekonsum

„Der Energieverbrauch läuft uns davon. Entgegen dem langjährigen Trend ist Österreichs Energiekonsum in den letzten fünf Jahren schneller gestiegen als das BIP-Wachstum.

Hier streben wir eine schnelle Trendumkehr an“, kündigte Präsident Leitl Maßnahmen und Vorschläge zur Steigerung der Energieeffizienz bei Wohnungen und Bürogebäuden, im Verkehr sowie auch im Bereich der Klein- und Mittelbetriebe an. „An erster Stelle steht Sparen. Dann kommen alle Maßnahmen, um den Energieeinsatz zu verbessern, wie z.B. die thermische Sanierung von Gebäuden. Diese sollte im Wege der Wohnbauförderung wesentlich stärker als bisher gefördert werden“.

Der Anteil der Wasserkraft und sonstiger erneuerbarer Energien an der heimischen Erzeugung ist seit 1997 von

70 auf 60 Prozent gesunken. Hier sollte, wie Leitl hervorhob, der frühere Zustand wiederhergestellt werden.

Schritte dazu sind ein naturverträglicher Ausbau der Wasserkraft und die Erhöhung des Anteils der sonstigen erneuerbaren Energien von vier auf zehn Prozent. Insgesamt sollen regionale, heimische Ressourcen den Mehrbedarf abdecken.

Klimaschutz und Energiepolitik

Ein aus Sicht der Wirtschaft besonders wichtiger Punkt der Klimastrategie ist es, Klimaschutz und Energiepolitik in Einlang zu bringen und drohende „Strafzahlungen“ wegen der Kyoto-Vereinigungen zu vermeiden.

Nach vorsichtigen Schätzungen muss Österreich von 2008 bis 2012 anderen Staaten pro Jahr € 250 Mio, in Summe also € 1,25 Mrd, bezahlen, um seine Verpflichtungen zu erfüllen.

„Wir sollten dieses Geld viel besser im Inland investieren, um damit das

Präsident der Österreichischen Wirtschaftskammer, Dr. Christoph Leitl



Foto: WKÖ

Wachstum anzukurbeln und Österreich als Wirtschafts- und Technologiestandort weiterzuentwickeln“, betonte der Präsident: „Jede inländische Maßnahme, bei der der Staat nicht mehr als zehn Euro pro eingesparter Tonne CO2 zahlt, rentiert sich bald“, ergänzte Schwarzer.

Durch eine Verdoppelung des Technologieförderbudgets und Beteiligung an der Erforschung und Entwicklung von Zukunftstechnologien kann Österreich, so Leitl, eine Technologieführerschaft erwerben. Schon heute ist die heimische Energietechnikbranche „eine Wachstumsbranche par excellence“.

Forderung nach mehr EU-Energiepolitik

Als weiteren Punkt der Energiestrategie nannte der WKÖ-Präsident die Forderung nach mehr EU-Energiepolitik. Es gebe derzeit keinen einheitlichen europäischen Strom- und Gasmarkt. „Im Vergleich zu den übrigen Märkten sind wir hier noch um Jahrzehnte zurück“, kritisierte er.

Leitl erhofft sich frische Impulse für zukunftsweisende Rahmenbedingungen in Österreich und der EU. Als dringende Maßnahmen sieht Leitl hier eine Stärkung der EU-Kompetenzen, die Einrichtung unabhängiger Regulatoren in allen Mitgliedsstaaten sowie eine verstärkte Harmonisierung.

Österreichische EVUs müssten, so Leitl weiter, international wettbewerbsfähige „Player“ werden.

Notwendig sei, die Fesseln des Zweiten Verstaatlichungsgesetzes (Privatisierungsverbot) endlich abzustreifen: „Wir müssen alle Vorschriften wegbringen, die uns daran hindern, unsere Ziele zu erreichen. Diese Forderung ist zweckmäßig und nicht ideologisch begründet“, betonte der Präsident.

„Wir brauchen einen starken Energieregulator mit echten Controller-Funktionen sowie faire und transparente Spielregeln für alle. Er soll den Auftrag, den ihm der Gesetzgeber gegeben hat, besser erfüllen können. Dann spielt die Eigentümerstruktur - ob öffentliche Hand oder nicht - keine besondere Rolle mehr“. (hp)